

➤ Presse-Information 11.12.23

Tarifabschluss im öffentlicher Dienst Massive Kritik an Gewerkschaften/Verbände und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL)

Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL) hat massive Kritik am Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder geübt.

„Die Gewerkschaften und Verbände (verdi, GEW) und der dBB (VBE u. a.) sowie die TDL haben es erneut hinbekommen, die 200.000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland im Regen stehen zu lassen. Statt die angestellten Lehrkräfte endlich mit den verbeamteten Lehrkräften gleichzustellen, wurden zum wiederholten Mal nur lineare Tariferhöhungen beschlossen, die die Kluft zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften weiter vergrößert. Wie lange sollen die angestellten Lehrkräfte noch auf einen Gleichstellungstarifabschluss warten“, so Stefan Nierfeld, Landesvorsitzender der SchaLL.

„Das Versagen der Gewerkschaften und Verbände sowie der TDL in dieser Frage ist beschämend. Es ist ein erneuter Schlag ins Gesicht für die angestellten Lehrkräfte. Eine Wertschätzung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer findet nicht statt“.

„Dass der Tarifabschluss einschließlich der Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro jetzt auch auf die verbeamteten Pensionsempfänger übertragen wird und die angestellten Lehrer, die jetzt in Rente sind, davon ausgeschlossen werden, ist der nächste Skandal und völlig inakzeptabel“, so Nierfeld.

SchaLL fordert die Bundesregierung und die Länder auf, auch den Rentner:innen eine Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro zu zahlen.

Vorstand

Stefan Nierfeld (Vorsitzender), Rainer Lummer (Pressesprecher),
Jörg Schiller (1. Stv. Vorsitzender), Thomas Altland, (2. Stv. Vorsitzender),
Gesa von Stebut (Schatzmeisterin), Alfred Niessen (Mitgliederverwaltung),
Boris Lutter (Beisitzer), Dorothee Weiser-Oswald (Beisitzerin)

**SchaLL fordert
Einkommensgleichstellung
(EG15/A13):**

**Gleicher Lohn für
gleiche Arbeit**

**zur Beseitigung von
Lehrkräftemangel und
Unterrichtsausfall.**

Ziele einer gerechten
Schul- und Bildungspolitik:

- Verdoppelung der NRW-Bildungsausgaben durch Bund und Land
- Entkopplung der Schulpolitik von Legislaturperioden
- Finanzierung der Schulen unabhängig von der Finanzkraft der Schulträger
- Einrichtung eines unabhängigen Landesbildungsrates unter Einbezug von Wissenschaft, Lehrerschaft, Elternschaft und Schülerschaft
- Einkommensgleichstellung aller Lehrkräfte

SchaLL.NRW vertritt seit 2001 als Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer die Interessen der Lehrkräfte in den Haupt- sowie Bezirkspersonalräten in NRW in fast allen Schulformen.



Jetzt Mitglied werden.
www.schall-nrw.de